

Die Stimme

Organ des Gewerbevereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementspreis pro Monat 30 Pfg. Bestellungen richtet man an den Verlag: G. Schumacher, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 222

Alle Anzeigen für die „Stimme“ an H. Barnholt, Hilm a. D., Korfstr. 47, Telefon 1442. Alle für das Hauptbüro des Gewerbevereins bestimmten Beschlüssen sind zu adressieren: Gewerbeverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 222. Schriftliche Bestellungen an G. Schumacher, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 222. Postfachkonto 80 221 beim Postfachamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-gespaltene Zeile 20 Pfennig Arbeitsmarkt 15 Pfennig Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Die deutschen Gewerbevereine H.-D.

III.

Entstehung der Deutschen Gewerkschafts- und Gewerbevereinsbewegung.

Die Frage: Großdeutsch oder Kleindeutsch? Die nach dem Krieg Jahres 1866 im öffentlichen Leben zur Debatte stand, gab auch ständigen Ausschuss des Verbandes liberaler Arbeitervereine zur Erörterung. Die sogenannte Kleindeutsche Richtung wollte neues Deutsches Reich unter Preußens Führung, wie es heute während die großdeutsche auch den deutschen Teil von Oesterreich mit dem übrigen Deutschland verschmelzen wollte. Zu einer Lösung kam es auch in den Reihen der liberalen Arbeiter vorerst diese Frage nicht. Auf dem 4. Vereinstag, in Gera 1867 bei der Präsidentenwahl Bebel über Dr. M. Hirsch, und der Wohnort des Präsidenten der Vorort des Verbandes war, die Leipzig Vorort.

Dann trat ein bedeutender Wandel ein. Wilhelm Liebknecht, Anhänger von Karl Marx, war 1862 wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Zeitweilig auch an der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ tätig, wurde er 1865 aus Preußen ausgewiesen wegen seiner sozialdemokratischen Agitation. Er ging darauf nach Leipzig, hier gelang es ihm, Bebel und den Leipziger Arbeiterbildungsverein mit marxistischen Ideen zu erfüllen. Die Saat der Spaltung reifte. Auf dem Nürnberger Vereinstag im Jahre 1868, im großen Rathhause abgehalten wurde, kam es zur Trennung. Die Richtung Bebel-Liebknecht siegte in einer Programmdiskussion mit 69 Stimmen gegen 46. Die Mehrheit hatte sich auf Grundlage der „Internationalen Arbeiterassoziation“ gestellt, internationale Vereinigung, die im Jahre 1864 gegründet wurde und deren geistiger Führer Karl Marx war, dessen „Komunistisches Manifest“ vom Jahre 1848 die Gesinnungsgrundlage war gab. Die Anhänger Bebels konstituierten sich dann im Jahre 1869 zu Eisenach als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, deren Liebknechts Zeitung wurde „Der Volksstaat“ das Organ der neugegründeten Partei. So war die Arbeitererschaft Deutschlands — soweit sie sich überhaupt um das soziale und politische Leben kümmerte — am Ende der sechziger Jahre in drei politische Lager geschieden, denn die zwei sozialdemokratischen Bewegungen, der Richtung Bebel-Liebknecht einerseits und der der Lassalleaner andererseits lagen noch längere Zeit in bitterster Fehde.

In diese Zeitperiode fällt die Geburtsstunde der Deutschen Gewerkschafts- und Gewerbevereinsbewegung. Keime von Berufsvereinigungen hatten sich zwar schon gebildet, doch ihre Ansätze waren für die spätere Gewerkschaftsbewegung kaum bestimmend. Aufhebung der Koalitionsverbote, die Ende der sechziger Jahre erfolgte, konnte auch erst die Voraussetzung für eine solche sein. Der Winter 1867-68 war eine Zeit der Not, die allgegenwärtig ein hochgradiges Unbehagen, ein dumpfes Gefühl über die Unmöglichkeit der bisherigen Wege der Selbsthilfe der Gewerkschaften erregte. Das Genossenschaftswesen reichte zur Lösung der Not nicht aus, auch war es auch noch nicht so entwickelt bei uns wie in England.

Zum Studium des englischen Genossenschaftswesens reiste der Nationalökonom Dr. Max Hirsch im Jahre 1868 nach England, aus eigenem Antrieb und auf eigene Kosten. In England lernte er neben den Genossenschaften auch die englischen Gewerbevereine, die „Trade Unions“ kennen. Eingehend beschäftigte sich auch mit deren Bestrebungen und inneren Organisationsrichtungen. Die gesammelten Erfahrungen veröffentlichte er unter dem Titel „Soziale Briefe aus England“ in der französischen „Berliner Volkszeitung“. Die Briefe weckten die Aufmerksamkeit in Deutschland. In der Spitze der Lassalleanischen Bewegung stand v. Schweitzer und Hirsch. Sie suchten die deutschen Gewerkschaften zu verwirklichen, obwohl sie innerlich nicht gerade Freunde derartiger Bestrebungen waren. Der Plan, einen all-

gemeinen Arbeiterkongress einzuberufen, um die Gründung von Gewerkschaften in die Wege zu leiten, stieß anfänglich deshalb auch in eigenen Reihen auf Schwierigkeiten. Auf der Generalversammlung des Lassalleanischen „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ im August 1868 zu Hamburg gelang es dem Präsidenten von Schweitzer nur durch seine Beredsamkeit die erhobenen Einwände wirkungslos zu machen, und die Erlaubnis zur Abhaltung des geplanten Kongresses zu erhalten.

Am 26. September 1868 trat dann der von Schweitzer einberufene „Allgemeine Deutsche Arbeiterkongress“ im Bauhallsaal zu Berlin zusammen. Dr. Max Hirsch, der inzwischen aus England zurückgekehrt war, erschien mit seinen Freunden — eine Abordnung Berliner Maschinenbauvereine — auch auf dem Kongress, um seinen Standpunkt gegenüber der Gegenseite zu vertreten. Das gelang ihm nicht, da der präsidierende v. Schweitzer Dr. Hirsch als einen bezahlten und verkappten Agent der Reaktion und des Kapitals bezeichnete, dem der Zutritt zu einer solchen wichtigen Tagung verweigert werden mußte. Nach erregten Debatten darüber entfernte man Dr. Max Hirsch mit seinem Anhang aus dem Saale. Nach dieser Vergewaltigung begannen die zur Tagesordnung stehenden Beratungen. Infolge dieser wurde dann auch die Gründung eines „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ beschlossen.

Doch Dr. Hirsch war mit seinen Freunden nicht müßig geblieben. Schon zwei Tage später, am 28. September 1868, fand im „Unionsraum“ zu Berlin eine „Allgemeine Arbeiterversammlung“ statt. Der Protest der Minorität hatte starken Widerhall gefunden, wohl 2500 Personen waren anwesend. Ein einheitlicher Zug durchwehte die ganze Versammlung. Man billigte nach präziser Darlegung der Vorgänge auf dem Schweizerischen Arbeiterkongress das Verhalten der Minoritäts-Delegierten vollkommen. Die von Dr. Max Hirsch verfaßten „Grundzüge für die Konstituierung der Deutschen Gewerbevereine“ wurden angenommen und eine Kommission zusammengesetzt, die mit der Ausarbeitung von Musterstatuten beauftragt wurde. So schloß an diesem Tage die Gründungsstunde der Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunder).

Der größte aller Finanzskandale.

Kaum hat sich in Deutschland die neue Regierung etabliert, so wird die Öffentlichkeit fast täglich mit Enthüllungen über Skandale überrascht. Es könnte so scheinen — und vielleicht ist die Erweckung dieses Anscheins manchem nicht unlieb — als ob es erst der Bildung einer derartigen, für die Reinheit des öffentlichen Lebens in ganz besonderer Weise besorgten Regierung bedürft hätte, um diese Dinge zur Sprache zu bringen. Falsch und unwahrscheinlich ist es aber in jedem Falle, das Auftreten irgend welcher nicht ganz einwandfreier Persönlichkeiten bestimmten politischen Richtungen als besonderes Merkmal anhängen zu wollen. Es handelt sich bei den ganzen Vorgängen in der Hauptsache um zwei Erscheinungen. Die eine, die Verbindung von Politik und Geschäft, hat sich als sehr stark verbreitet herausgestellt. Ohne Rücksicht auf parteipolitische Sympathien muß verlangt werden, daß alle, die in dieser Hinsicht kompromittiert sind, von der politischen Bühne verschwinden. Daneben spielt aber eine mindestens ebenso große Rolle der Mißbrauch der von verschiedenen Personen mit ihrer amtlichen Stellung getrieben worden ist, sowie die tatsächlichen Verfehlungen beamteter Personen. Ebenso verurteilen wir es grundsätzlich, wenn ein Abgeordneter, der vom Hause gar nichts mit dem Geschäftsleben zu tun hat, lediglich unter Benützung dieser seiner Abgeordneteneigenschaft, sich durch Empfehlungen, Vermittlungen usw. in Geschäfte drängt, die ihn an sich nichts angehen und bei denen letzten Endes fast stets auch sein persönliches finanzielles Interesse Berücksichtigung findet. Weit aus viel schlimmer ist nach unserm Dafürhalten der Mißbrauch politischer Macht ganze Interessengruppen, als den sich die Gewährleistung der Ruhe und Ordnung

bigungen an die Großindustrie im Grunde her-
ausstellt.

Das zweite Kabinett Stresemann hat sich mit der Abgeltung der Beschädigungen aus dem Ruhrkampf befaßt. Es wurden die bis zum 31. Oktober 1923 entstandenen Schäden als erfaßbar bestimmt, und zwar bis zur Höhe von 5000 Mark voll darüber hinaus nur zu 50 Prozent bis zu höchstens 200 000 Mark. Noch am 12. Dezember 1923 wurde verfügt, daß bei der Entscheidung der Anträge vorsichtig vorgegangen werden solle und größte Rücksicht auf die bedrohliche Lage der Reichsfinanzen zu nehmen sei. Schon am 18. Dezember 1923 wurden besondere mit der Großindustrie getroffene Abmachungen aufgehoben, die sich auf 11 der größten Werke der Schwerindustrie erstreckten. Im Rahmen dieser Sonderabmachung wurden die Entschädigungsforderungen nicht mehr durch die bezirklichen Feststellungsämter, sondern nur noch vom Ministerium allein geprüft. Allen diesen Verfügungen und Maßnahmen lag ein Versprechen zugrunde, das der damalige Reichskanzler Stresemann der Ruhrindustrie brieflich gemacht hatte. Handelte es sich hierbei jedoch nur um die Anmeldung und Prüfung der Forderungen und um die Zusage späterer Erledigung, so wurde die Sache sofort bedenklich, als auf Grund dieser Vorgänge zwar keine endgültigen Entschädigungsbeträge, aber vorläufige Kredite in hohem Umfange ausbezahlt wurden, Kredite die ohne Kenntnis und Bewilligung des Parlaments zur Ausschüttung gelangten.

Den Gipfel des Entgegenkommens an die Schwerindustrie erklimmte man jedoch erst im Dezember 1924, indem man anordnete, daß über den früheren Termin hinaus die bis zum 15. November 1924 entstandenen Schäden (der Ruhrkampf wurde offiziell beendet am 28. September 1923) erledigt werden sollten, und zwar, soweit sie über 5000 Mark hinausgehen, zu 75 Prozent. Die in Frage kommenden Verhandlungen und Abmachungen mit der Industrie führte der damalige Reichsfinanzminister Dr. Luther, Er erkannte u. a. folgende Entschädigungen an:

Für die Micumlafen: bei der Ruhrkohle 40 Millionen Goldmark, bei der chemischen Industrie 35 Millionen Goldmark.

Für die Ruhrschäden: bei der Ruhrkohle 150 Millionen Goldmark, bei der chemischen Industrie 15 Millionen Goldmark, Gebiet, Rheinschiffahrt 45 Millionen Goldmark. Zusammen 645 Millionen Goldmark.

Für das Sonderverfahren: für kleinere Schäden 70 Millionen Goldmark. Insgesamt 715 Millionen Goldmark.

Sehr bezeichnend für die Einstellung der Regierung, d. h. für die dabei hauptsächlich beteiligten Regierungspersonalitäten ist der Umstand, daß man die ganze Angelegenheit, angefangen von dem Kreditbeschluss bis zur Auszahlung der Beträge, völlig geheim gehalten hat. Lediglich die letzte Ausdehnung der Entschädigungspflicht wurde in einer unauffälligen Verfügung im „Reichsanzeiger“ abgedruckt, während das Reichsgeheblatt sich darüber ausschwiege.

Ebenso auffällig und verdächtig ist die große Eile mit der man Ende des vergangenen Jahres die Sache zum Abschluss gebracht hat. Nachdem das Ergebnis der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 bekannt, jedoch noch keine neue Regierung gebildet war, hatte man es sehr eilig und zahlte den Rest der noch nicht zur Auszahlung gelangten Summe bis zum Betrage von insgesamt 655 Millionen Goldmark als Weihnachtsgeschenk am 20. Dezember aus. Nicht so eilig war die Beantwortung einer Anfrage des Bergarbeiterverbandes vom 17. Oktober 1924, in der Auskunft über diese Entschädigungszahlungen verlangt war. Erst am 13. Januar 1925, nachdem alles in Ordnung gebracht war, war es der Regierung möglich diesen Brief zu beantworten. Es hätte ja auch der neugewählte Reichstag die Zahlung listen können, und der Sieger gewisser Parteien, der sich bei der Bildung der jetzt zustande gekommenen Regierung zeigte, wäre dann wohl nicht mehr ganz so stark gewesen. Man hat auch im Drange dieser Beschleunigung anscheinend keine Zeit gehabt die Entschädigungsforderungen im Einzelnen genau zu kontrollieren, sondern hat Hauptbeträge an die Ruhrkohlen-A.-G. und sonstige Industrieverbände ausgeschüttet. Diese Gesellschaft, die die Zwangsfortsetzung des Kohlenindulats darstellt, ist ja auch zweifellos der Regierung gegenüber viel vertrauenswürdig, als selbst irgendeine andere Reichsbehörde deren Finanzabrechnung vom Rechnungshof mit großem Eifer pfennigweise nachgeprüft wird. Auch vergaß man in der Eile, sowohl in dem Haushaltsplan für 1924 wie in dem für 1925 eine Eintragung oder auch nur einen Hinweis über die geplante oder getätigte Entschädigungsaktion aufzunehmen.

Angesichts der Tatsache, daß auch hier wiederum die Großen in bevorzugter Weise berücksichtigt worden sind, muß man sich doch auch die Rolle ins Gedächtnis zurückrufen, die gerade die Schwerindustrie in den Jahren nach dem Kriege gespielt hat. Sie war ihre politischen Helfer waren es, die eine rechtzeitige Stabilisierung der Mark hindrrieben. Sie hat an der Inflation verdient, sowohl direkt als Besitzer der Sach-

werte, sowie indirekt dadurch, daß sie durch die Geldentwertung steuerlich fast vollkommen entlastet wurde. Sie hat während des Ruhrkampfes noch einmal an der Inflation verdient und sich sogar die Kohlensteuer stunden lassen.

Die Gelder, die „ihre“ Regierung ihr jetzt bezahlt hat, sind von denen aufgebracht worden, die auch schon vorher die größten Lasten getragen haben. 13 Milliard. Goldmark soll der Ruhrkampf dem deutschen Volk gelöst haben. Damals wurden der Industrie die sogenannten unproduktiven Löhne und Gehälter eriebt. Mit Recht ist die Frage aufgeworfen worden, ob auch die sehr umfangreichen Erneuerungs- und Erweiterungsbauten Renausschlüsse in den Gruben und sonstige Werterhöhungen der Unternehmungen, die bei Einstellung der Güterproduktion während des passiven Widerstandes vorgenommen wurden, insbesondere auch die späterhin sogar gezahlten Entschädigungen für Materialaufwand, in den Ertrag dieser angeblich unproduktiven Aufwendungen mit einbegriffen worden sind. Tatsache ist jedenfalls, daß dieses ganze Geschäft durch einen Vergleich zwischen der Industrie und dem Reiche erledigt wurde. Aufklärungen über diese Sachlungen sind weder der Öffentlichkeit, noch dem Reichstag gegenüber gegeben worden. Demgegenüber muß man das Verhalten gerade der Ruhrindustrie nach Abbruch des passiven Widerstandes und im vergangenen Jahre ihren Arbeitnehmern gegenüber betrachten. Nicht nur der größte Teil der direkten Ruhrschäden, die jetzt noch über die damalige sogenannte Lohnsicherung hinaus in weitestem Maße vergütet worden sind, sondern auch ein nicht unerheblicher Teil der Micumlafen ist von der Großindustrie auf die Konsumenten und auf die Arbeitnehmerschaft abgemälzt worden. Unter vorzugsweisem Hinweis auf diese Lasten führte man den Lohnabbau und die Verlängerung der Arbeitszeit durch. Sogar in allerletzter Zeit hatte man noch die Stirn, mit dieser Begründung Lohnrückstellungen abzulehnen. Außerdem wurden mit derselben Begründung die Kohlenpreise lange Zeit hindurch auf außerordentlich hoher Höhe gehalten. Der Etatsüberschuß, der nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers 940 Millionen Goldmark beträgt, ist in Gestalt dieser geringen Löhne erhöhter Arbeitszeit und hoher Verbrauchssteuern von den unbemittelten Volksschichten aufgebracht und jetzt zum größten Teil der Ruhrindustrie „rückvergütet“ worden.

Und all das geschah, ohne den Reichstag zu verständigen. Der Reichsfinanzminister mußte im Haushaltsauschuß zugeben, daß für dieses Vorgehen die gesetzliche Grundlage fehlte. Die Verordnungen und Verfügungen, die darüber ergingen, gab die Regierung aus eigener Machtvollkommenheit unter Bruch des Budgetrechtes des Parlaments heraus. Sie hätte Zeit gehabt, an das Parlament heranzutreten und seine Zustimmung einzuholen. Es wäre möglich gewesen, dem Reichstag eine Kontrolle über die Art der Verteilung der Mittel und die Berechnung der Schäden zu geben. Wohl kaum ist in der parlamentarischen Geschichte eine derartige unerhörte Umgehung der Volksvertretung zu verzeichnen.

Wenn diese Art des Vorgehens genügt hat, das hat das „Berliner Tageblatt“ durch Zusammenstellung der Kurssteigerungen deutlich gemacht, die die Papiere der entschädigten Schwerindustrie in der letzten Zeit zu verzeichnen hatten. Bis zu 30 und mehr Prozent sind in der letzten Zeit vom 22. Dezember 1924 bis 2. Februar 1925 diese Kurse gestiegen. Wer in dieses famose Geschäft eingeweiht war, konnte also mühelos viel „verdienen“ besonders wenn er das Geld zu den Aktienkäufen von der Regierung erhielt. Wohl kaum hat eine Regierung ihre politischen Auftraggeber so prompt reagiert, wie die Reichsregierung es hier getan hat. Der Umstand, daß im Dezember die jetzige Regierung noch nicht gebildet war, spielt dabei keine Rolle, denn für den ganzen Entschädigungsfall sind in erster Linie diejenigen Männer der vorherigen Regierung verantwortlich, die die Haupttreiber bei der Bildung der neuen Regierung waren und ihr auch jetzt das politische Gesicht geben.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt:

„Es ergibt sich mithin das folgende, für die deutschen, politischen Verhältnisse höchst interessante Bild, die Schwerindustrie verhindert jahrelang in Deutschland die Regelung der deutschen Währung. Sie verdient an der Inflation und zahlt keine Steuern. (Denn selbst die Kohlensteuer hat sie sich stunden lassen.) Sie tritt begeistert für den Ruhrkampf ein und verdient noch einmal an der Inflation. Dem deutschen Volk müssen schließlich bei der Finanzregelung harte und ungerechte Steuern in Gold auferlegt werden. Die deutsche Schwerindustrie benutzt einen Teil des in der Inflation verdienten Geldes, um Presseorgane anzukaufen und Nachrichtenorganisationen zu gründen, die das deutsche Volk darüber belehren, daß die Linksparteien die Unordnung der deutschen Wirtschaft verschuldet und das Volk mit ungerechten Steuern belegt haben. Sie führt mit diesen Presseorganisationen einen Wahlkampf, der zwar nicht zum vollen Erfolg, aber doch zur vollen Veruneinigung des deutschen Volkes führt. Und dann lassen dieselben Schwerindustriellen die die Steuerzahler durch die von ihnen beeinflusste Presse aufgeputzt und vor

Parteiwagen gespannt haben, sich aus den für alle erzähler ungerechten Steuern die Beträge die Micum-Schäden bezahlen, bevor die an- in Geschädigten Geld erhalten und bevor das die Volk durch seinen Reichstag darüber befinden kann, in r Weise denn die Schwerindustrie nun auch etwas zu den beitragen muß, die aus diesen Dingen entstehen."

Man muß sich angeichts dieser ungeheuerlichen Vorgänge auch erwärtigen, wie sich die verschiedenen Regierungen gegen- anderen Kreisen die durch den Krieg und seine Folgen durch die Inflation geschädigt sind, verhalten haben. Mit lächerlichen Summen hat man die Auslandsbeur- die Verdrängen die Elsaß-Lothringer abge- ? Was hat man den Kriegshinterbliebenen und peln gegeben? Und wie hat man die Kriegsanleihe- biger der bedürftigen Schichten im Stich gelassen. Wie an die während des Ruhrkampfes ausgewiesenen Be- n und Arbeiter, sowie die Regieienbahner entschädigt?

Das politische Bild, das alle diese Vorgänge bieten, zu ständigen, sei noch auf einige andere Vorgänge hingewiesen- richtig zeigen, welche Interessen im heutigen Deutschland- angehend sind. — Gegenüber den Umiaßsteuerplich- zeigt man so viel Entgegenkommen und Vertrauen, daß ihnen sogar die Abgabe einer Steuererklärung für 1924 wenn sie selbst der Überzeugung sind, daß sie durch die ufe des Jahres geleisteten Vorauszahlungen ihre Steuerpflicht haben! — Im Reichstag dagegen verkündet die Regierung nachdem ein Antrag auf Erhöhung des steuerfrei en- anteils von 60 auf 100 Mark im Monat gestellt ist, daß ein Steuerausfall von 600 Millionen Mark eintreten würde. der Aufwertung muß, wie der Reichsfinanzminister schrieben sagt, „das Wohl des Volksganzen den wenn auch o bedauerlichen Schädigungen des einzelnen vorangehen."

dies, aus der Regierungssprache in die Regierungspraxis- ht, heißt dürfte wohl klar sein. — In der Wohnungs- tit hat man bei der Verwendung der ebenfalls von der n Masse aufgebracht Hauszinssteuer Wege eingeschlagen, zu führen, daß private Bauunternehmer an den mit solchen rmitteln errichteten Wohnungen persönlich Gewinne erzielen, sie sie an zahlungskräftige Abnehmer verkaufen, daß da- die wirklich trauende Bevölkerung leer ausging. — Die öffentliche Tat des Reichswirtschaftsministers war eine Ver- ung der deutschen Schwerindustrie und ihres Bestrebens auf- ung der Eigenzölle.

Alle diese Dinge bilden einen eigenartigen Auftakt. Die sbankaffäre mit ihrer leichtsinnigen Verschleuderung von ggelbern, die Vorkommnisse bei der Reichsmonopolgesellschaft ranntwein, die Vorkommnisse bei der Wohnstätten-Ges. m. (Tranon-Film-Gesellschaft), die Ruhrentschädigungen all inisterbriefe, Empfehlungen, Vermittlungen, der ganze zum el stinkende Skandal — bilden eigentlich ein Material in der der Gewerkschaften gegenüber der Regierung, wie es ihnen chlagender noch nie zur Verfügung stand. Es gilt ein mes Auge zu behalten.

Die Wirtschaftslage Deutschlands an der Wende des Jahres 1924—25.

Nach Berichten ausländischer Beobachter soll die augenblickliche e Wirtschaftslage wieder gefestigt sein, unser Wirtschaftsleben in voller Blüte stehen. Die Frage ist berechtigt, worauf Beurteilung sich stützt. Nur wenn man Einzelercheinungen- Wirtschaftens aus dem Gesamtkomplex volkswirtschaft- Fragen herausnimmt, kann man zu derart optimistischen en kommen. Wohl ist die Arbeitslosigkeit am Ende rgangenen Jahres sehr viel geringer gewesen, als zu Beginn, wohl war auch die Produktion erheblich gestiegen. diese Einzelstatistiken sagen an sich noch nichts. Betrachten e Statistik über die Arbeitslosigkeit so sehen wir deutlich, daß wir im Jahre 1924 zweimal eine Periode des tands unseres Wirtschaftslebens mit starker losigkeit und zweimal eine Belebung unserer Pro- tion zu verzeichnen hatten. Dies wird auch durch die luten Riffeln der Vollerwerbslosen bestätigt. Januar 1924 gab es allein im unbefesteten Deutschland rund Millionen unterstüzte Vollerwerbslose, im September im ten Reichsgebiet 588 000, Ende Dezember rund 529 000. Da- en liegen Perioden des Rückschlages. Früher wechselten die der Belebung und Ermattung der Wirtschaft, die Zeiten onjunktur und der Krise in jahrelangen Rhythmen. Das heutige Wirtschaftsleben ist kurzatmig geworden: es ist er den Erschütterungen ausgef.

Die erste Belebungsperiode des vergangenen Jahres im Fe- März, April war einer kurzen Krise gefolgt, die sich im De- 1923 und Januar 1924 mit ungeheurer Heftigkeit, starker losigkeit und starker Abflachung bemerkbar machte. Die f zum Teil einsetzende Belebung wendete sich nur auf ne Industrien, die Holzindustrie z. B. wurde davon

nicht berührt. Der eigentliche Wirtschaftskörper lag noch lahm. Die nun wieder stetig gewordene Kaufkraft stürzte sich auf die Waren: Haushaltsartikel, Textilien stiegen im Preise. Unsere Einfuhr nahm zu, besonders an Luxusartikeln und Lebensmitteln. Auslandskredite ermöglichten uns den Import von Fertigwaren. Die strenge Krediteinschränkung seitens des Reiches beendete auch diese Periode.

Jetzt zeigte sich die wahre Lage unserer Wirtschaft. Die böllige Erschöpfung an Betriebskapital und an Kreditmöglichkeiten. Die Konkurrenz mehrten sich, die Arbeitslosigkeit nahm zu.

Die Londoner Konferenz ließ die Weltwirtschaft und damit auch unsere deutsche Wirtschaft wieder aufatmen. Das ausländische Kapital gewinnt an Deutschland Interesse, es zeigt sich in den Monaten August und Oktober eine Wiederbelebung unserer Wirtschaft. Diese gesamte weltwirtschaftliche Belebung brachte auch uns wieder Mehrbeschäftigung, erhöhte Ausfuhr — aber damit auch erhöhte Preise. Unsere Produkte, besonders die landwirt- schaftlichen, sind mit den Weltmarktpreisen und teilweise sogar über sie hinaus gestiegen. So steht es noch heute. Und jedermann fragt sich: sind unsere Preise vielleicht zu weit in die Höhe gegangen? Einige Warengruppen sind sicherlich zu teuer für den deutschen Markt und die Abnahmeverhältnisse im Ausland. Hieran dürften die Syndikate nicht ohne Schuld sein. Im ganzen darf man eine langsam fortschreitende Gesundung zugeben, Auch die Produktion ist gestiegen, im Kohlenbergbau sind erhöhte Förderleistungen zu verzeichnen, ebenso sind die technischen Fort- schritte unverkennbar.

Von einer wirklichen Gesundung unseres Wirtschaftslebens kann man trotzdem noch nicht sprechen. Dazu fehlt uns zunächst das notwendige flüssige Kapital, fehlen uns die notwendigen Be- triebsmittel. Solange die Kapitalnot so fühlbar auf uns lastet, bleibt auch die Gefahr wirtschaftlicher Rückschläge groß. Die Spar- anammlung ist noch gering, das Vertrauen nach der großen Ent- täuschung der Sparer ist noch nicht zurückgekehrt. Wenn sich auch die Sparsparnisse bei den Berliner Sparkassen ungesähr um das Doppelte im Jahre 1924 gesteigert haben, so ist doch die Sparsumme an sich noch sehr gering.

Die Auslandskredite haben ohne Zweifel belebend ge- wirkt. Die vielgenannte Außenhandelsbilanz, d. i. die Warenbilanz der bei uns ein- und ausgeführten Waren, ist ja das Spiegel- und Schattenbild dieser Kreditbewegung. Wir haben im vergangenen Jahre voraussichtlich eine Passivität der Handelsbilanz von im ganzen 25 Milliarden erreicht.

Diese Kreditverschuldung an das Ausland könnte für die deutsche Wirtschaft zur Gefahr werden, wenn die Kredite plötzlich geringer fließen, womöglich schnell zurückgezahlt werden müssen, weil die Konjunktursteigerung in den übrigen Ländern dort eine Kapital- knappheit hervorruft. Sie wird aber nicht zur Gefahr für unsere Währung weil die Reichsbank über 2 Milliarden Devisen und Goldreserven zur Verfügung hat, die das sichere Rückarat unserer Währung bilden. Allein der Goldbestand der Reichsbank ist im vergangenen Jahre erfreulich ge- stiegen. Nach dieser Seite hin sind wir gesichert. Das ist der größte Gewinn des Jahres 1924.

Darüber dürfen wir aber nicht übersehen, wie groß auch der Verlust des Jahres 1924 gewesen ist.

Er besteht vor allem in der Aufnahme von großer Auslandsschulden weil uns das geeignete Kapital zur Be- wegung unserer Waren, zum Antrieb des Wirtschaftsapparats und zur Aufrechterhaltung der Produktion fehlte. Die Zinsen müssen wir zahlen und die Schulden müssen wir einmal zurückzahlen. Also müssen wir produzieren und abliefern. Also müssen wir mit der Zeit aufhören, Schulden zu machen. Unsere innere Kauf- und Kapitalkraft muß daher so gestärkt werden, daß wir wieder allein, auf unsere eigenen Hilfsquellen und Reserven gestützt, bestehen können.

Die Kaufkraft und Produktion und, wie schon bemerkt die Produktions-Intensität, haben sich gebessert. Und trotzdem: das Schuldenkonto vom Jahre 1924 ist sehr groß, die Kapitalansamm- lung im Inlande noch zu gering. Wir müssen also arbeiten, pro- duzieren, sparen und exportieren, um in der Lage zu sein, (noch zu den schweren Lasten, die uns die Verpflichtung zur Reparations- leistung auferlegt, die Zinsmehrlasten abzutragen, unsere passive Handelsbilanz muß wieder aktiv werden. Die Handels- vertragsverhandlungen müssen hierzu die Möglichkeiten schaffen. Deutschland kann nur dann weiter in der Welt Rohstoffe kaufen, wenn die Welt ihrerseits seine Waren abnimmt.

Wenn man Deutschland weniger verkaufen läßt als früher, dann kann es auch nur weniger kaufen. Somit werden ernste Fragen angeschnitten, die zu lösen nicht nur für unsere Deutschen sondern auch für die ausländischen Wirtschaftler schwer sein wird. Wenn Deutschland Reparationslasten tragen soll, muß die Welt im ganzen die deutsche Produktion in dieser Höhe aufzunehmen imstande sein.

Deutschlands Handel und Industrie wird sich in der Preis- bemessung ihrer Waren der größten Objektivität befleißigen müssen. Vor allem wird es darauf ankommen, unseren Wirtschaftsverhält- nissen wieder eine gewisse Stetigkeit zu geben. Wir müssen zurück zum Privatkreditmarkt und zum langfristigen Kreditmarkt. Die stetigen Momente müssen auf der ganzen Linie verstärkt werden. Erst dann kann man davon sprechen, daß die durch den Versailler Vertrag, den Ruhrreinbruch und die Inflation unter-

Wohlten Grundlagen der Wirtschaft, die heute nur auf Stützen und Säulen des Auslands gehalten werden, selbst wieder erstarken. Das zu erreichen, die Stützen wieder entbehrlich zu machen und wieder auf eigenen Füßen zu stehen, muß vornehmstes Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein.

Der Reichswirtschaftsrat zur Wohnungswirtschaft.

Der Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungsweisen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats behandelte am Mittwoch die Neuregelung der Wohnungswirtschaft und die damit zusammenhängenden Fragen. Angenommen wurden folgende „Leitätze zur Wohnungszwangswirtschaft“:

Die Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens erfordern:

1. daß vor allem der Neubau von Wohnungen mit allen Mitteln gefördert wird. Zu diesem Zwecke ist es notwendig: a) den Realcredit wieder leistungsfähig zu machen, b) die Neubauten etwa auf die Dauer von 10 Jahren von allen auf dem Grundstücke ruhenden Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern zu befreien.

Im einzelnen werden folgende Maßnahmen empfohlen. Zur Krage der Hypothekenaufwertung:

2. a) eine Aufwertung über den Satz von 20 Prozent hinaus ist für die Wirtschaft, insbesondere die Mieterchaft, die letzten Endes die Last zu tragen hat, nicht tragbar. Eine höhere Aufwertung kann zugestanden werden, für Hypotheken aus Erbaueinziehungen und familienrechtlichen Abfindungen. Der für die Hypothek festgesetzte Aufwertungsatz gilt auch für die persönliche Schuld. b) Wichtiger als die Aufwertung des Kapitals ist die baldige Wiederherstellung des Zinsendienstes für die aufgewertete Hypothek. c) Der Schuldner der aufgewerteten Hypothek kann die Umwandlung in eine Tilgungshypothek verlangen. d) Längstens binnen Jahresfrist nach der endgültigen gesetzlichen Verordnung der Hypothekenaufwertung haben die Pfandbriefanstalten ihre Pfandbriefe gegen Goldpfandbriefe umzutauschen.

3. Im Interesse einer wirksamen Förderung des Neubaus und zugleich der Erhaltung des Altwohnungsbestandes ist die Hauszinssteuer auf 20 Prozent der Friedensmiete zu erhöhen und zu einer Reichssteuer auszubauen.

4. Die für Förderung des Wohnungsbaus zur Verfügung stehenden Steuerbeträge sind zu verwenden: a) etwa 80 Prozent zu gering verzinslichen Darlehen für Neubauten; b) etwa 15 Prozent zu zinslosen Darlehen für Wiederinstandsetzung der Altwohnungen, rückzahlbar in zwei bis drei Jahren; c) etwa 5 Proz. als Unterstützungsfonds für die Gemeinden, welche nicht zahlungsfähigen Mietern, Erwerblosen Kleinrentnern usw. Mietzuschüsse gewähren müssen, damit die Miete voll gezahlt wird. Die Länder und die Gemeinden haben den für sie festgesetzten Anteil an der Aufwertungssteuer nur vom tatsächlichen Aufkommen, niemals vom errechneten Sollaufkommen zu entnehmen.

5. Soweit nicht die Hauszinssteuer für dringende Erfordernisse des allgemeinen Finanzbedarfs erforderlich ist, soll sie ausschließlich für Zwecke der Wohnungsförderung erhoben werden. Die sonstigen erhobenen Teile der Hauszinssteuer sollen bei der bevorstehenden Neuregelung des Finanzausgleichs abgebaut und durch die allgemeine Grund- und Gebäudebesteuerung oder andere Steuern ersetzt werden.

6. Die Mieten sind unter Würdigung der wirtschaftlichen Gesamtlage in absehbarer Zeit der Friedensmiete anzugleichen. Aus der festgesetzten Miete hat der Hauseigentümer zu bestreiten: die Verwaltungs- und Betriebskosten, die laufenden und großen Instandsetzungskosten, die Zinsen für das Eigenkapital und für die aufgewerteten Hypotheken und die Hauszinssteuer.

7. Sobald die Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes es zulassen, ist das Wohnungsmangelgesetz für alle oder bestimmte Arten von Wohnungen außer Anwendung zu setzen. Ein solcher teilweiser Abbau ist insbesondere auch für einzelne Gemeinden angezeigt, sobald die örtlichen Verhältnisse es gestatten.

8. Beim Tausch von Wohnungen ist die geltende, den Tausch im wesentlichen freilassende Gesetzesvorschrift zur vollen Durchführung zu bringen.

9. Das Recht zur Beschlagnahme von Teilen übergroßer Wohnanlagen ist jetzt schon allgemein aufgehoben.

10. Aus dem Anwendungsbereich des § 6 des Miet- und Schutzgesetzes sind Untermieter, die keinen eigenen Hausstand führen, herauszunehmen.

Die moderne Bildschnitzmaschine.

Die Holzschnitzerei war früher eine reine, aber kunstvolle Handarbeit, zu deren Herstellung neben größter Geschicklichkeit in erster Linie recht scharfe Werkzeuge gehörten. Zunächst muß sich der Bildhauer eine Zeichnung und danach eine Schablone anfertigen oder die Zeichnung wird unmittelbar auf das Holz übertragen und danach arbeitet man. Wer die Kunst der Bildhauerei

kennt, weiß daß es sich hierbei um eine mühsame und zeitraubende Arbeit handelt und es ist selbstverständlich, daß sich Arbeiter dieser Art im Preise recht hoch stellen. Wie auf vielen anderen Gebieten, so ist man auch hier im Laufe der Zeit dazu übergegangen die Handarbeit wenigstens teilweise durch Maschinenarbeit zu ersetzen, indem man sogenannte Bildschnitzmaschinen in Benutzung nimmt. Ursprünglich wiesen diese Maschinen auch noch mancherlei Unvollkommenheiten auf, aber im Laufe der Jahre hat man auch hier allerlei Verbesserungen erdacht und so kommt es, daß wir heute Bildschnitzmaschinen besitzen, die außerordentlich leistungsfähig sind. Die Bildschnitzmaschine vermag die Arbeit des Bildhauers allerdings niemals zu ersetzen, wohl aber kann sie ihm große Hilfe bei seinen Arbeiten leisten und das Produkt verbilligen helfen.

Bildschnitzmaschinen als solche bestehen im wesentlichen aus einem kräftig gebauten, eisernen Untergestell welches die Platte mit den Aufspannvorrichtungen trägt und den über der Platte angeordneten Bohrern. Das Wesen der Maschine besteht darin, daß das Ausarbeiten der Holzmasse mittels sich drehenden Bohrern bewerkstelligt wird. Dabei unterscheidet man zweierlei Verfahren. Entweder sind die sich drehenden Bohrer fest und unbeweglich in die Maschine eingebaut, wobei dann der Gegenstand an den arbeitenden Werkzeugen vorbeigeführt wird, oder aber der Holzgegenstand erfährt eine feste Einspannung und der Bohrer ist beweglich. Zur Vereinfachung von Mahenartikeln haben wir also in der Bildschnitzmaschine ein wertvolles Hilfsmittel. Gleichwohl sollte in solchen Fällen ein genaues Modell aus Blei, Eisen, Holz, Ton oder Gips vorliegen, nach dem das Arbeiten erfolgen kann. Dieses Modell ist in die Maschine einzuspannen. Man ist nicht etwa jeder beliebige Bohrer verwendbar, sondern es können nur besonders gute und sachgemäß hergestellte Bohrer in Frage kommen. Bei Beginn der Arbeit wählt man kräftig gebaute Werkzeuge, die mit dem Fortschreiten der Arbeit immer feiner und schwächer werden können. So wertvoll eine solche Maschine auch sein mag, sie ist aber keinesfalls imstande, den geübten Fachmann auszuhalten, sondern dieser wird vor wie nach mit seinen Werkzeugen verbessern und an manchen Stellen nacharbeiten müssen damit die fertige Bildhauerarbeit einen sauberen Eindruck hervorruft. Aus diesem Grunde wird man auch mit der Bedienung einer solchen Maschine nicht jedermann betrauen können, vielmehr sollte man nur solche Leute zur Bedienung der Maschine verwenden, die die erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen. Das Antreiben der Maschine geschieht mittels Elektromotor oder Treibriemen. (Holzindustrie.)

Aus den Ortsvereinen.

Schwelm. Am 7. Februar 1925 fand im Vereinslokal Rathhof unsere Monatsversammlung statt. Hätten alle Kollegen ihr Versprechen gehalten, dann wäre diese noch besser besucht gewesen. Nachdem der Lokalkassen-Bericht durch einige Anfragen erledigt war, wurde die Wahl der Ortsverbandsvertreter vorgenommen. Diese fiel dann auf die Kollegen H. Lambeth und W. Hohmann, welche die Wahlen nahmen. Es ist nun zu hoffen, daß der Ortsverband wieder Leben zeigt. Unter dem Punkt Verschiedenes wurde eine Reihe von Wünschen vorgebracht. So einen Familienausflug im Laufe des Sommers abzuhalten und einen gemütlichen Abend in Verbindung mit unserem 37-jährigem Bestehen des Ortsvereins. Alle diese Fragen sollen aber noch eingehend in der nächsten Versammlung besprochen werden, die am 7. März 1925 stattfindet. Wir weisen jetzt schon darauf hin und ersuchen für einen zahlreichen Besuch Sorge zu tragen. Kollegen, heraus aus der Gleichgültigkeit. An der Versammlung ist der Platz, nicht kleinlich nörgeln, sondern man beim Beitragen einfließen, bei einer geringen Beitragserhöhung, das sollte jeder beachten. Die Frauen sollen ihre Männer eher zum Versammlungsbefuch anhalten, statt sie davon fernzuhalten. Im Interesse der Arbeiter und ihrer Familien liegt der Zusammenhalt, der fleißige Besuch der Versammlungen. Agitieren müssen wir, wo wir können, denn niemand sollte unorganisiert sein.

Rastlos vorwärts sollst du streben,
Wie ermüdet stille stehn,
Willst du die Bollandung sehn.

R.

Um den vielfachen Anfragen zu entgegnen biete ich hiermit an

Sportschlitten-Rufen

| | | | | |
|-----|--------------------------------|------|------|-------------|
| | Eiche, gebogen, prima Qualität | | | |
| 100 | 120 | 140 | 160 | cm. Holz. |
| 2,- | 2,50 | 2,90 | 3,30 | RM. p. Paar |

ab Lager gegen Nachnahme. Lieferung sofort.

H. Böhmer, Dresden 22, Kappelstraße 53

3-4 Modelltischler

gesucht. Meldungen im Gewerkeverehrsbüro Delfan, Kaiserplatz 2. (Neuer Eingang).